

Recht kurz bitte (32)

Ein endloses Ringen: westlich oder konfuzianistisch?

Von Mikio Tanaka

1968 erlangte die Stadt Yaita in Tochigi eine traurige Berühmtheit – durch ein Verbrechen, das zu einem der bekanntesten strafrechtlichen Urteile in Japan führte. Es handelte sich um einen ähnlich grausamen Fall jahrelangen Missbrauchs eines Kindes wie im Fall „Fritzl“ 2008 in Österreich. In Yaita sah jedoch die vom Vater misshandelte Tochter keinen anderen Ausweg, als ihren Vater zu töten. Sie wurde wegen sogenannten Akzendentesmordes nach §200 des japanischen StGB angeklagt. Bei Verurteilung drohte lebenslange Freiheitsstrafe mit Zwangsarbeit oder gar die Todesstrafe. Der japanische Oberste Gerichtshof (OGH) befand jedoch 1973 den der Anzeige zugrunde liegenden Tatbestand des Akzendentesmordes für verfassungswidrig, da *extrem* hohe Strafen verhängt worden seien, nur weil das Opfer ein Akzendent des Täters war. Aber auch nach dem OGH-Urteil hatte das Parlament den §200 j-StGB nicht abgeschafft, mit der Begründung, der Respekt gegenüber Eltern sei eine japanische Tugend. So existierte bis zur Strafrechtsmodernisierung 1995 22 Jahre lang ein Tatbestand, der von den Gerichten nie angewendet wurde.

Überbleibsel einer vergangenen Zeit

Im feudalen Japan bildete der Konfuzianismus eine wichtige Norm für das Leben. Einer der bekanntesten juristischen Streits in der Edo-Zeit, der Kawagoe-Fall, verdeutlicht dies: Als Ume, die Frau eines Bauern, 1711 ihren Landherrn informierte, dass ihr Mann getötet wurde, wurden ihr Vater und Bruder als Täter verhaftet und hingerichtet. Die Bestrafung von Ume selbst stellte sich als Problem heraus: Nach dem konfuzianistischen Gedanken hat eine Frau vor der Heirat ihrem Vater, nach der Heirat ihrem Mann und nach dem Tod des Mannes ihrem Sohn zu gehorchen. Mit der Anzeige erwies sie ihrem Mann Treue, verriet aber den Vater. Im Konfuzianismus ist die Loyalität gegenüber dem Herrscher, Vater und Ehemann die höchste Maxime. Da aber keine Rangfolge festgelegt war, bat der urteilende Fürst beim Shogunat um Rat und löste einen Streit unter den bekanntesten Wissenschaftlern der Zeit aus: Hat der Gehorsam gegenüber dem Vater Vorrang, weil man nur einen Vater hat, während bei einem Ehemann auch ein „Wechsel“ möglich ist? Würde das auch bedeuten, dass im Zweifelsfall der Vater Vorrang vor dem Herrscher hätte – da auch dieser wechseln kann? Dies widerspräche dem Grundprinzip der Feudal-



▲ Der Konfuzianismus-Gelehrte Arai Hakuseki.

gesellschaft, die absolute Treue gegenüber dem Herrscher fordert. Das Shogunat ließ Nachsicht walten und warf Ume nicht ins Gefängnis, sondern schickte sie lebenslang nach Kamakura ins *Tokeiji*-Kloster.

Modernisierung mit Hindernissen

Nach der Meiji-Restauration wurden viele westliche Rechtssysteme in Japan eingeführt. Besonders im Bereich des Familienrechts stießen sie jedoch auf großen Widerstand. Das auf Individualismus basierende westliche Familienrecht wurde sofort abgeschafft und das konfuzianistisch geprägte System des Familienoberhaupts festgeschrieben, das bis 1947 bestehen blieb. Auch nach dem Krieg blieb die konfuzianistische Kultur tief verwurzelt, wie der Widerstand des Parlaments im Yaita-Fall veranschaulichte.

Dennoch schritt die Globalisierung der Rechtskultur langsam voran. Das zeigte sich 2006: Im Januar trat das reformierte Antimonopolgesetz in Kraft und in Anlehnung an das EG-Wettbewerbsrecht wurde die Kronzeugenregelung eingeführt. Im April trat das „Whistleblower“-Gesetz in Kraft, das Kündigungen oder disziplinarische Maßnahmen gegen Whistleblower verbietet. Es gab viel Protest gegen die Einführung solcher Systeme, die dazu anregen, Kollegen oder Arbeitgeber anzuzeigen, da dies nicht mit der japanischen Rechtskultur vereinbar sei. Diese Systeme haben inzwischen jedoch bereits bedeutende Erfolge gezeigt. Auch der Verdacht auf Bilanzkosmetik bei Toshiba, der im April 2015 durch die Medien ging, soll durch Whistleblowing bekannt geworden sein.

Einige Stimmen behaupten jedoch, dass es auch gegensätzliche Entwicklungen gibt: Die Entscheidung der japanischen Regierung vom Februar 2015, „Moral“ als Sonderfach in die Lehrpläne der Grund- und Mittelschulen allmählich aufzunehmen, wurde teilweise als Vorarbeit der Konservativen kritisiert, das Kaiserliche Erziehungsedikt, das zwischen 1890 und 1948 galt und konfuzianistische Werte vermitteln sollte, wiederzubeleben. ■



Mikio Tanaka

ist Partner und Rechtsanwalt mit japanischer Volljuristzulassung bei City-Yuwa Partners in Tokyo.

E-Mail: mikio.tanaka@city-yuwa.com
www.city-yuwa.com